

Saarländische Erklärung Krieg mitten in Europa - Realitätscheck für Freiheit, Sicherheit und Versorgung

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands anlässlich der
Klausurtagung am 4. und 5. März 2022 in St. Ingbert

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands

„Saarländische Erklärung“

Krieg mitten in Europa – Realitätscheck für Freiheit, Sicherheit und Versorgung

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende. Die Welt ist damit eine andere geworden. Die Deutschen machen sich große Sorgen um ihre Sicherheit, ihre Versorgung, ihre Zukunft. Auch uns Christdemokratinnen und Christdemokraten geht es nicht anders und wir werden daher alles tun, damit unser Land durch eine besonnene, entschlossene und vorausschauende Politik eine gute, sichere Zukunft hat. Die CDU Deutschlands wird ihren Beitrag dazu leisten.

Putin sieht sich in seiner Macht durch das eigene Volk bedroht, durch Freiheit und Demokratie auch in seiner Nachbarschaft. Nach dem Überfall auf die Ukraine muss der russische Machthaber als das bezeichnet werden, was er ist: Ein Kriegsverbrecher. Wir fordern den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs auf, Informationen über alle Kampfhandlungen in der Ukraine zu sammeln und jeden Akt von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen zu untersuchen.

Unsere Gedanken und unsere Gebete sind bei den mutigen Menschen in der Ukraine, die die Freiheit ihres Heimatlandes verteidigen, und den mutigen Menschen in Russland, die für die Integrität und das Selbstbestimmungsrecht des Nachbarlandes eintreten. Wir trauern mit den Familien um die Opfer. Die Staatengemeinschaft der freiheitlichen Demokratien muss Russland weiterhin vereint gegenüberreten. An die Adresse der Aggressoren gerichtet sagen wir: Es gilt die Beistandsverpflichtung der NATO, für die Mitgliedstaaten der NATO. Die NATO hat Russland nie bedroht – das weiß Putin auch. Die Zerstörung Grosny, russische Bomben auf syrische Krankenhäuser und die aktuellen Bilder aus der Ukraine zeigen unmissverständlich, wer eine Bedrohung für Frieden und Freiheit darstellt.

Es ist unsere gemeinsame Pflicht in Europa, die Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, die Vorschläge der Europäischen Kommission zügig umzusetzen. Eine gemeinsame europäische Regelung mit einem gerechten Verteilschlüssel

zur Aufnahme ist der richtige Weg. Einen Teil werden wir in Deutschland aufnehmen, zudem den besonders betroffenen östlichen Nachbarstaaten helfen. Auch hier muss gelten: Deutschland hilft den Ukrainern in ihrer Not unbürokratisch und schnell.

Es bedarf der Einrichtung eines zentralen Krisenstabs des Bundes, auch um die Verteilung der Flüchtlinge bundesweit und in Europa gerecht zu begleiten. Zugleich muss der Bund zentrale Liegenschaften zur Verfügung stellen, um die Unterbringung in Turnhallen und Schulen unbedingt zu vermeiden. Mit den Betreibern der Wohlfahrt und der Hilfsorganisationen muss die medizinische Versorgung, ein schneller ergänzender Impfschutz und eine psychologische Betreuung überall ermöglicht werden. Für die Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist es zudem notwendig, unmittelbar zu wissen, welche Flüchtlinge in der medizinischen Versorgung, in der Kinderbildung oder als Dolmetscherin oder Dolmetscher eingesetzt werden können. Besonders in der schulischen und medizinischen Versorgung droht sonst zeitnah ein Engpass und vor allem auch ein Konflikt mit der Versorgung der einheimischen Bevölkerung, der dringend vermieden werden muss. Bund, Länder und Kommunen müssen auf all diesen Gebieten sehr abgestimmt vorgehen und von der Bundesregierung in diesen Aufgaben qualitativ und finanziell unterstützt werden.

Für Wehrhaftigkeit durch glaubhafte Abschreckung

Die Gewissheiten der vergangenen drei Jahrzehnte seit 1990 haben ihre Gültigkeit endgültig verloren. Die Welt der Mächtekonkurrenz ist zurück. Europa ist nicht mehr nur von Freunden umgeben. Und wir müssen wieder lernen, für unsere Werte zu streiten, unsere Interessen in der Welt zu benennen und durchzusetzen. Um unsere Freiheit, Sicherheit und Versorgung dauerhaft zu sichern, braucht Deutschland einen Realitätscheck. Deutschland benötigt eine grundlegende Neuausrichtung seiner Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Nationale Sicherheitsstrategie zügig vorlegt. Deutschland muss umfassend wehrhaft werden, nach außen und im Innern. Dazu muss Deutschland seine Sicherheitsarchitektur neu ausgestalten.

Wir treten für eine umfassende Ertüchtigung unserer Streitkräfte ein und unterstützen die Ankündigung der Regierung, ab 2023 beständig mehr als zwei Prozent des

Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung unseres Landes aufzubringen. So wie es die NATO-Mitgliedstaaten seit Jahren vereinbart haben. Damit würde eine langjährige Forderung der CDU endlich erfüllt. Zudem brauchen wir die Vollausrüstung der Bundeswehr und die Sicherung der langfristigen Finanzierung von Rüstungsprojekten auch mit unseren europäischen Partnern. Unsere Soldatinnen und Soldaten, die mit Leib und Leben für unsere Freiheit und Sicherheit eintreten, haben einen Anspruch darauf, bestmöglich ausgerüstet zu sein. Die angekündigte Einrichtung eines Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dieses muss zweckgebunden für die Bundeswehr verwandt werden. Für unsere Zustimmung erwarten wir eine umfassende Mitgestaltung. Das Beschaffungswesen der Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden. Für eine schnellere Umsetzung von Investitionen muss die Bundeswehr künftig mehr Aufträge als bisher im beschleunigten Verfahren vergeben können. Für notwendige, öffentliche Ausschreibungen braucht es schlankere Verfahren, ein Planungsbeschleunigungsgesetz für die Bundeswehr. Hier erwarten wir von der Bundesregierung schnell pragmatische Vorschläge. Deutschland muss die Mittel des Verteidigungsetats auch für die Entwicklung und Anschaffung neuer Technologie nutzen.

Deutschland wird weiterhin auf die nukleare Rückversicherung seiner transatlantischen Wertepartner angewiesen bleiben, aber es bedarf auch einer Stärkung der europäischen NATO-Mitgliedstaaten. Wir Europäer dürfen bei außenpolitischen Fragen nicht länger nur eine Zuschauerrolle übernehmen, wenn die Weltmächte USA, China und Russland über Fragen unserer Sicherheit und unserer Art zu leben entscheiden. Wir brauchen daher umgehend die Einführung von Mehrheitsabstimmungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Entscheidend ist zudem auch ein Quantensprung bei der Zusammenarbeit Europas in Verteidigungsfragen. Das Ziel muss eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft sein, die im Verbund komplementär mit der NATO einen Sicherheitsgewinn erzeugt. Die neue Lage erfordert es, dass eine Gruppe von führungswilligen und fähigen EU-Mitgliedstaaten entschlossen handelt. Die Bundesregierung sollte umgehend vorbildlich vorgehen und als erste Schritte gemeinsame Regeln für bewaffnete Einsätze, Waffenlieferungen und Waffenexporte im Rahmen einer Harmonisierung vorschlagen. Die Bundesregierung muss Vorreiter und Vorbild für die strategische Souveränität Europas bei Schlüsseltechnologien und Know-How werden.

Die Bundesregierung muss im Innern einen wirksamen Schutz der kritischen Infrastrukturen sowie die Abwehr von Spionage, Cyberangriffen, Sabotage und Desinformation sicherstellen, denn das sind die größten Gefahren durch die neuen hybriden Konfliktführungen. Vor unseren Augen findet im Netz und den Sozialen Medien ein Kampf um Köpfe und Herzen statt. Russland betreibt im Systemwettbewerb eine aggressive Informationsgeopolitik und daher muss Deutschland auch im Informationsraum nachrüsten. Die Informationssendungen der Deutschen Welle in russischer und ukrainischer Sprache müssen ebenso wie die digitalen Präventionsprogramme der politischen Bildung ausgebaut werden. Die Haushaltsmittel zum Erkennen und der Abwehr hybrider Bedrohungen im Informationsraum müssen durch die Bundesregierung schnell und deutlich ausgeweitet werden. Letztlich muss der zivile Verteidigungs- und Katastrophenschutz eine große Rolle in der Nationalen Sicherheitsstrategie spielen.

Krisensichere Daseinsvorsorge

In der Energiepolitik muss eine grundlegende Diskussion über Handlungsoptionen zur Sicherstellung der Energiesicherheit geführt werden. Versorgungssicherheit und -verlässlichkeit von Energie für Deutschland ist aufgrund der hohen Quote an russischen Importen bei Gas, Erdöl und Kohle in Deutschland und Europa in Frage gestellt. Mehr denn je benötigt Deutschland eine nachhaltige und sichere Energieversorgung. Die Bundesregierung muss dabei die Energiepreise im Blick behalten und die Menschen in Deutschland viel stärker entlasten als bisher vorgesehen. Durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine ist eine weitere Preisexplosion zu befürchten. Eine warme Wohnung, die Stromnutzung im Alltag und die Wege zur Arbeit etwa dürfen kein Luxus sein. Energie, Wohnen und Mobilität müssen für alle bezahlbar bleiben.

Deutschland braucht jetzt ein nationales Energiesicherheitskonzept, das Ausstiegspläne, Energieimportverknappung und steigenden Energiebedarf zusammenbringt und dazu planungssicher erklärt, worauf die Bundesregierung setzt, was sie ausbauen, was sie abschalten und was sie weiterbetreiben will. Die Erneuerbaren Energien müssen beschleunigt ausgebaut und Kapazität gesichert werden. Deshalb müssen alle Optionen ergebnisoffen geprüft werden, wie aktuell, für den nächsten Winter und in den nächsten Jahren Energiesicherheit gewährleistet werden kann. Die Bürger und Bürgerinnen und die

deutsche Wirtschaft wollen wissen, wie Energievorsorge betrieben wird und für sie bezahlbar bleibt. Wie wird eine staatliche Gasreserve garantiert, wie werden zukünftig unsere Energieimporte diversifiziert, mit wem werden strategische Partnerschaften beim Gas aufgebaut und wie kann die Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff beschleunigt werden? Diese Fragen muss die Bundesregierung mit Hochdruck beantworten.

Um Deutschland widerstandsfähiger zu machen und besser zu wappnen, braucht das Land eine Infrastruktur, die alle Versorgungsoptionen offenhält. Die LNG-Terminals Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade müssen mit Hochdruck errichtet werden. Die Umsetzung muss von vornherein so erfolgen, dass über diese Standorte perspektivisch auch Wasserstoff importiert werden kann. Zudem muss die Infrastruktur der Daseinsvorsorge krisensicher und damit gegen Hackerangriffe widerstandsfähiger gemacht werden. Cybersicherheit in der Energie- und Daseinsvorsorge wird zunehmend wichtig. Wichtige Teile der deutschen Energieinfrastruktur stehen unter dem Einfluss russischer Staatskonzerne. Sie stellen insofern auch ein nationales Sicherheitsrisiko dar. Eine Neubewertung dieser energiewirtschaftlichen Verflechtungen ist unbedingt erforderlich.

Das oberste Ziel muss nun sein, die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen und die Abhängigkeit vom russischen Gas und Öl zu begrenzen. Schritt für Schritt muss Unabhängigkeit von fossilen Energien erreicht und im Lichte des Berichts des Weltklimarats das Ziel der Klimaneutralität 2045 als Leitlinie betrachtet werden. Hierbei sollte Deutschland beschleunigt auf die drei Säulen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Wasserstoffstrategie setzen.

Energiepreisinflation und die durch den Überfall auf die Ukraine verursachten Lieferkettenunterbrechungen belasten Deutschlands Wirtschaft ganz erheblich. Dass viele deutsche Unternehmen zudem bereits eigenständig entschieden haben, ihre Geschäftsbeziehungen nach Russland einzuschränken, ist Ausdruck eines hohen Verantwortungsbewusstseins in der deutschen Wirtschaft und verdient unsere volle Unterstützung. Jede weitere Belastung durch politische Regulierung ist deshalb abzuwenden. Neben einem nationalen Belastungsmoratorium ist ein Reset auf europäischer Ebene erforderlich. Einmal mehr zeigen sich, die Verwundbarkeiten der deutschen Wirtschaft, weil sie sehr stark in die Globalisierung eingebunden war und ist. Es steht viel

auf dem Spiel für Deutschland. Die Bundesregierung hat mit der G7-Präsidentschaft eine besondere Verantwortung dafür, die globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Überfalls auf die Ukraine und die damit verbundene Torpedierung der Globalisierung zu minimieren.

Nahrungssicherheit durch heimische Landwirtschaft

Die Ukraine und Russland sind bedeutende Agrarländer und Getreideproduzenten. Eine Verknappung in den Erträgen der Landwirtschaft dort löst Dominoeffekte weltweit aus. Schon jetzt sind Turbulenzen auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten zu erkennen. Umso mehr muss die Bundesregierung eine nachhaltige und ertragsstarke deutsche und europäische Landwirtschaft sicherstellen – im Ackerbau wie in der Tierhaltung. Darauf müssen die Instrumente der europäischen und nationalen Agrarpolitik, insbesondere die geplanten Flächen- und Produktionsstilllegungen, neu überprüft werden. Ein souveränes Europa muss die Ernährung aus eigener Kraft und zu bezahlbaren Preisen sichern und auch seine Verantwortung mit Blick auf die Welternährung wahrnehmen. Deutschland muss zeitnah – national wie international – einen wirksamen Beitrag dazu leisten, zu verhindern, dass die Nahrungsmittelverknappung und -verteuerung auf dem Weltmarkt Hunger und Mangelernährung von Millionen Menschen in den ärmsten Ländern der Welt weiter verschärft und die Versorgung von Menschen in Krisengebieten gefährdet.